

Die Kommunen brauchen mehr Geld für ihre sozialen Aufgaben

Der Investitionsstau in den deutschen Kommunen beträgt rund 159 Milliarden Euro, wie der „Deutsche Städte und Gemeindebund“ vor kurzem betonte. Diese Zahl ist gewaltig und noch eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Konkret wird diese Summe bei einem Rundgang durch unsere Städte und Gemeinden. Auch in unserer Stadt gibt es Zeichen, die darauf hinweisen, die Stadt braucht mehr Geld.

Wir sagen: dafür muss gestritten und nicht „umgelegt“ werden. Auch bei uns hat man sich meist für den zweiten Lösungsansatz entschieden.

Unvergessen: Gebühren- und Steuererhöhungen, Straßenbeiträge, Kürzungen bei den Vereinen und vieles andere mehr.

Die Mahnmale der Finanznot gleichen sich in vielen Städten: unbenutzbare Schultoiletten und Unterrichtsräume, verfallene Verwaltungsgebäude, Containeranlagen, die wahlweise als Kita oder Schule genutzt werden.

Schuld sind nicht nur die horrenden Schuldenberge, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen und

die Haushaltssicherungskonzepte, die im Jahr 2018 weiterhin rund ein Viertel der Kommunen betraf und dort die Arbeit der gewählten Kommunalvertreter aushebelten. Dazu kommt meist der über viele Jahre hinweg betriebene Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung.

Der neoliberale Traum von der „schlanken“ Stadtverwaltung riss gewaltige Löcher in das kommunale Personaltableau.

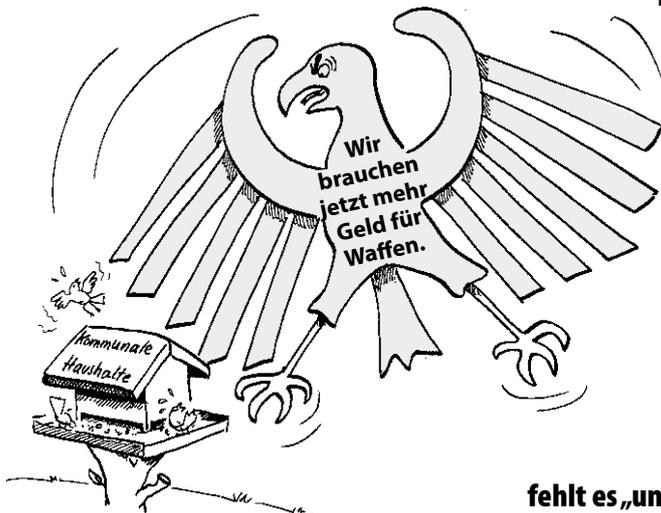
Alleine in den Bau- und Planungsämtern wurden in den letzten zehn Jahren geschätzte 10.000 Stellen gestrichen. Zugleich nahm die Aufgabenlast für die Kommunalverwaltungen zu. Der Druck auf die verbliebenen Beschäftigten, die in der politischen Debatte von zahlreichen bürgerlichen Akteuren nur noch als durch Digitalisierung und Privatisierung zu beseitigende Kostenfaktoren betrachtet wurden, wuchs kontinuierlich. Dieser Kahlschlag rächt sich nun.

Denn auch in den Städten, in denen noch finanzielle Handlungsspielräume existieren, bleiben

wichtige Investitionen auf der Strecke, da die erforderlichen Planungs- und Genehmigungs-

Fortsetzung Seite 2

Wenn „oben“ das Geld falsch ausgegeben wird für Rüstungserhöhung und die Begünstigung der Superreichen, fehlt es „unten“ bei den Kommunen.



AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 2019

Nein zum Krieg - abrüsten statt aufrüsten

Die Forderungen der Ostermarschbewegung sind nach wie vor aktuell.

Vor allem ist die wieder anwachsende Atomkriegsgefahr zu bannen.

Dazu bedarf es konkreter politischer Schritte.



Deshalb fordern wir:

den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, wie es der Bundestag bereits 2010 gefordert hat

den deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO

ein starkes diplomatisches Engagement der Bundesregierung für Erhalt und Einhaltung des INF-Vertrages, der die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa untersagt.

Im Aufruf heißt es u.a.:

Wir sind für umfassende politische Zusammenarbeit in Europa, z.B. durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE). Wir verweisen darauf, dass die Rüstungsausgaben der NATO das 15-fache derjenigen Russlands betragen.

Unser Land braucht einen grundlegenden Politikwechsel. Deshalb demonstrieren wir auch 2019 wieder:

Für die Finanzierung dringender gesellschaftlicher Aufgaben zu Lasten der Rüstung.

leistungen nicht erbracht werden können, weil das Personal für die Bauaufsicht und -durchführung fehlt. Weil kaum noch jemand da ist, der Fördermittel beantragen oder Ausschreibungsverfahren durchführen könnte. Die „schlanke“ Kommunalverwaltung wird zum lähmenden Flaschenhals und die überarbeiteten Verwaltungsangestellten halten als Sündenböcke für die maroden Schulen und holprigen Straßen her.

Doch damit endet die vor vielen Jahren begonnene Agenda nicht.

Vierorts setzen die Städte nun auf Privatisierungen und immer noch auf „Public-Private-Partnerships“, um die städtische Infrastruktur am Leben zu erhalten. Die Schwäche der Stadtverwaltungen, die über einen langen Zeitraum hinweg gezielt und konsequent betrieben wurde, dient nun als Vorwand, um den scheinbar „effizienteren Privaten“ zu übertragen, was der „behäbige Staat“ nicht mehr schafft.

Wir müssen wachsam sein und dem Privatisierungsdruck entgegenzutreten. Notwendig ist ein gezielter Personalaufbau in den kommunalen Verwal-

tungen, mehr Ausbildungsplätze und bessere Arbeitsbedingungen sowie ein kommunaler Schuldenschnitt und eine völlig neue solidarische Gemeindefinanzierung. Das gilt allgemein aber auch in unserer Stadt Mörfelden-Walldorf. „Sparkommissaren“, in welcher Partei sie sich gerade befinden, muss man entgegentreten. Im Parlament und außerparlamentarisch - wir tun es.

Notwendig ist ein öffentliches Investitionsprogramm des Bundes von 120 Milliarden Euro, wie es die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem Memorandum 2018 fordert.

Deutschland rüstet für NATO auf

Die Bundesregierung gibt dem Druck des US-Präsidenten Donald Trump nach und will bis 2024 die Verteidigungsausgaben auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern. Der deutsche Botschafter bei der NATO übergab Generalsekretär Jens Stoltenberg ein Dokument, in dem sich die Bundesregierung verbindlich zu der Steigerung bekennt. „Dieser Anstieg soll nach 2024 fortgesetzt werden“, heißt es in dem Schreiben.

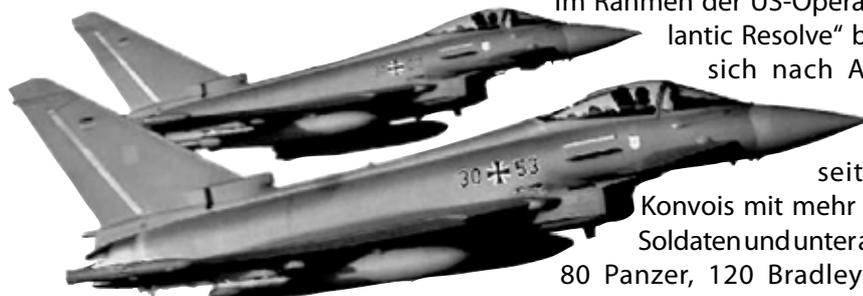
Höhere Militärausgaben, Ausstieg aus dem INF-Vertrag, schärferer Kurs gegen Russland

Neben den Verteidigungsausgaben stellt der Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag und die Reaktion aus Russland eine weitere Eskalationsstufe dar. Das Abkommen unterbindet die Produktion und den Gebrauch aller landgestützten (atomaren) Flugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite. Während dessen rollt schweres Kriegsmaterial durch die Bundesrepublik Deutschland an die Ostgrenze.

bereitwillige Haltung der Bundesregierung, den US-Militärtransport über deutsches Territorium zu bewilligen und zu unterstützen.“

Die USA drohen mit der Produktion von neuen atomaren Mittelstreckenraketen. Deutsche Militärstrategen diskutieren darüber, „nukleare Abschreckung“ in Europa selbst zu organisieren.

Europa als Kriegsschauplatz mit atomaren Waffen – diese Gefahr für die Menschen in Europa wird wieder real.



Im Rahmen der US-Operation „Atlantic Resolve“ bewegen sich nach Angaben der US-Armee seit Januar Konvois mit mehr als 5400 Soldaten und unter anderem 80 Panzer, 120 Bradley-Kampffahrzeuge, 15 Panzerhaubitzen und 80 Kampfhubschrauber in Richtung der Westgrenze Russlands. Die DKP kritisiert in einer Pressemitteilung „die

Wichtig zu wissen:

Deutsche Banken, die während der Weltwirtschaftskrise von 2008 mit milliardenschweren Rettungspaketen, bezahlt von den Steuerzahlern, am Leben erhalten wurden, leihen heute Milliarden an deutsche Rüstungsunternehmen, die von den Rüstungsvorhaben der EU in Zukunft Milliarden Euro Gewinne erwarten können.

Faktisch müsste der Verteidigungsetat von aktuell 43,2 Milliarden Euro je nach Entwicklung des Inlandsprodukts auf etwas mehr als 60 Milliarden Euro steigen.

Die Bundesregierung sagte 500 weitere Soldaten an der NATO-Ostgrenze in Litauen zu. Bei einem Besuch der Verteidigungsministerin in Litauen, wo Deutschland seit zwei Jahren ein Bataillon führt, versprach Ursula von der Leyen (CDU) 110 Millionen Euro für den Bau einer Kaserne. Deutschland werde so lange vor Ort bleiben, wie es gebraucht werde.

Haushalt 2019: Krieg hat Priorität

Die Bundesregierung will 2019 für Verteidigung fast so viel ausgeben wie für Wohnen, Gesundheit, Bildung und Familie zusammen.

Rüstung und Militär: 43,2 Mrd. Euro

Bildung und Forschung: 18,3 Mrd. Euro

Wohnen und Stadtentwicklung: 4,2 Mrd. Euro

Familien, Senioren, Frauen, Jugend: 10,4 Mrd. Euro

Gesundheit: 15,3 Mrd. Euro

Insgesamt: 48,2 Mrd. Euro

Waffen bleiben nie im Schrank

Seit zwei Jahren erpresst der US-Präsident die Bundesregierung, mehr Geld fürs Militär auszugeben und mehr Verantwortung bei der NATO zu übernehmen. Mit Erfolg: Deutschland verspricht, mehr Geld in die Rüstung zu stecken und Auslandseinsätze auszuweiten. Dass es die Regierung nicht geschafft hat, dem Druck aus Washington zu widerstehen, war erwartbar.

Ebenfalls erwartbar: Ein Mehr an Waffen bedeutet auch ein Mehr an getöteten Menschen. Denn wozu sind Waffen schließlich da? Ganz sicher nicht, um in der Vitrine zu verstauben. Es ist kein Zufall, dass die Länder mit den größten Verteidigungsetats auch durchweg jene Länder sind, die die meisten Waffen exportieren – eine hochgepäppelte Rüstungsindustrie sucht Absatzmärkte; und die Partner des Westens sind gierig, Milliarden gegen Waffen einzutauschen.



Wer die Geschichte kennt und sich an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 erinnert - wer weiß, dass es 27 Millionen getötete Sowjetbürger in den Jahren 1941 bis 1945 gab, der kann sich vorstellen, dass sich die Russen eingekreist und bedroht fühlen. Nötig ist neues Vertrauen, Freundschaft und ein friedliches Verhältnis zu Russland.

Die Karte wurde in der Sendung „Anne Will“ am 17. Februar 2019 gezeigt.

Ostergedanken

Aus Mörfelden und Walldorf sind immer engagierte Menschen beim „Ostermarsch“ dabei. Früher sah man auch Sozialdemokraten aus unserer Stadt auf dem Römerberg. Wir demonstrieren an Ostern für Frieden, Abrüstung, Demokratie, soziale und globale Gerechtigkeit, für Abrüstung statt weiterer Aufrüstung. Es wäre wirklich schön, wenn wir viele von hier dort mal wieder sehen würden.

ALFRED J. ARNDT, BÜRGERMEISTERKANDIDAT DER DKP/LL

Wie ich es sehe

In einer Ausschusssitzung verkündete der Erste Stadtrat Ziegler: „Wir schaffen die ‚Randzeiten‘ ab!“

Weil: Es haben zwar viele Eltern die Randzeiten gebucht – aber tatsächlich gekommen sind nur wenige Kinder. Man könnte jetzt ja über die Doppelbedeutung des Wortes „Ausschuss“ sinnieren – heißt die Ausschusssitzung so, weil da viel Ausschuss produziert wird?

Aber lassen wir das - bleiben wir ernst, und gehen wir logisch vor.

Schließlich wurde die Ausschuss-Aussage in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt.

Also: Warum bucht (und bezahlt) man ein „Randzeitenmodul“? Weil jederzeit die Möglichkeit besteht, dass man früher zur Arbeit muß, oder später heimkommt. Wer die moderne Arbeitswelt und den ÖPNV kennt, weiß das. Aber das ist eben nicht immer der Fall, meistens klappt's ja innerhalb der normalen Zeiten, und alles ist gut.

Wer deshalb die Randzeitmodule abschaffen will, der müsste nach der gleichen Logik im Rathaus alle Feuerlöcher abmontieren, weil es dort noch nie gebrannt hat. Oder an seinem Auto die Airbags abmontieren, weil er seit Jahren keinen Unfall hatte.

Oder auf Baustellen ohne Helm rumlaufen, weil ihm noch wie was auf den Kopf gefallen ist. Oder, oder, oder....

Man sieht: Man hat's in der Verwaltungsspitze nicht so mit der Logik.

Also bleibt's bei der Aufforderung: Haltet doch einfach den Rand.

Will heißen: Behaltet die Randzeitmodule bei.

www.Alfred-J-Arndt.de
www.DKP-MW.de





Es geht vor alles ums Öl

Wer Fernsehen und Zeitungsmeldungen bei uns verfolgt, kriegt ein Bild von Venezuela, das zu hinterfragen ist.

Dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro werden grobe Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Der internationale Druck wächst. Jeder konnte aber merken, Juan Guaidó ist der Mann, den die USA sofort anerkannten, so dass vor allem kritische

US-Journalisten spürten: Das ist der Mann, auf den die Trump-Administration baut und ihn mit allen Mitteln unterstützt. Die europäischen Staaten folgten brav - auch sie setzen auf den Juan Guaidó.

Es gibt auch Zeitungen, die kritischer berichten. Da kann man dann lesen, „wie in Libyen!“ oder „die Erdölindustrie soll wieder privatisiert werden“. Der Soziologe und ehemalige Genfer SP-Nationalrat (für die Sozialdemokraten) Jean Ziegler, er war UN-Sonderberichterstatter, schrieb in einer Schweizer Zeitung u.a.:

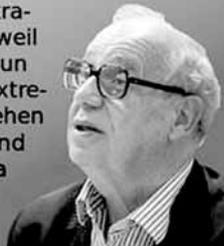
„Es ist haargenau die gleiche Strategie wie 1973 gegen das demokratische Chile: Die USA wollen mit einem mörderischen Wirtschaftskrieg die Regierung stürzen, um in Venezuela ans Erdöl zu gelangen. Maduro ist 2018 in fairen und von der Uno überwachten Wahlen zum Präsidenten gewählt worden. Gegen ihn läuft im Westen eine unglaubliche Diffamierungskampagne.“

Als Intellektueller stehe ich hinter der Regierung, weil sie demokratisch gewählt worden ist und weil die Bolivarische Revolution neun Millionen Menschen aus dem extremen Elend befreit hat. Abgesehen davon ist mir

Jean Ziegler (Schweizer Soziologe) über den Putschversuch in Venezuela:

„Es ist haargenau die gleiche Strategie wie 1973 gegen das demokratische Chile: Die USA wollen mit einem mörderischen Wirtschaftskrieg die Regierung stürzen, um in Venezuela ans Erdöl zu gelangen. Maduro ist 2018 in fairen und von der Uno überwachten Wahlen zum Präsidenten gewählt worden. Gegen ihn läuft im Westen eine unglaubliche Diffamierungskampagne.“

„Als Intellektueller stehe ich hinter der Regierung, weil sie demokratisch gewählt worden ist und weil die Bolivarische Revolution neun Millionen Menschen aus dem extremen Elend befreit hat. Abgesehen davon ist mir ein Arbeiter und Gewerkschafter aus Venezuela viel sympathischer als ein Geldsack aus Zürich.“



ein Arbeiter und Gewerkschafter aus Venezuela viel sympathischer als ein Geldsack aus Zürich.

Sie wollen das venezolanische Erdöl. Stellen Sie sich mal vor: Im Oktober 2019 sind in der Schweiz Wahlen. Ein paar Sozialisten mehr als gewöhnlich werden gewählt. Da käme ein Bolton und sagt: Das passt mir nicht, ich will Neuwahlen, sonst belegen wir die Schweiz mit mörderischen Sanktionen.

Eine internationale Diffamierungskampagne ist seit Jahren im Gang gegen das sozialdemokratische Regime in Venezuela. Die EU betreibt eine Lakaienpolitik.

Die heutige Situation in Venezuela ist eine Folge des imperialistischen Wirtschaftskriegs, den die USA und ihre Lakaien gegen das Land führen. Venezuela leidet stark unter den Sanktionen. Es kommen kaum Lebensmittel und medizinische Hilfsmittel ins Land. Venezuela ist dringend von diesen Importen abhängig. Zudem lebt das Land zu 80 Prozent von Erdölexporten. Die Erdölförderung ist kompliziert. Wenn Ersatzteile fehlen, liegt die Erdölindustrie am Boden. Diese Blockade ist mörderisch“.

Blamabel

Die Stadtverordnetenversammlung hat unseren Antrag, eine Straße nach Rosa Luxemburg zu benennen, abgelehnt. Die DKP/LL wollte zum 100. Jahrestag ihrer Ermordung eine solche Ehrung der ehemaligen linken Sozialdemokratin und Mitbegründerin der KPD. Auch die SPD war gegen diesen Antrag.

Dabei gab es vor wenigen Wochen noch Nachdenken bei der SPD. Die Vorsitzende Andrea Nahles meinte: „An die Fehler, die gemacht wurden erinnern wir auch.“ Man könne die Geschichte der SPD nicht in rosaroten Farben malen, vor allem nicht diese Zusammenarbeit mit den Militäreli- ten des Kaiserreiches. „Und, dass Gustav Noske seine Hände beim Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Spiel hatte, ist wahrscheinlich.“

Dabei ist die hiesige SPD doch noch außerordentlich rührig, wenn es um Straßennamen, Plätze oder um Hallenbenennungen geht. Dann, wenn es um „ihre“ Leute geht. Beispiel „Bgm.-Klingler-Schule“, „Bgm.-Klingler-Straße“. Sogar an der Albert-Schweitzer-Schule gibt es seit 2012 ein Schild, das an Klingler erinnert.

Wir sind die letzten die etwas gegen diese Ehrungen haben, wenn es auch bei Kennern der Ortsgeschichte bei Klingler Bedenken gab und gibt.

Wir haben übrigens das Verhalten der SPD-Fraktion vorausgesehen. Da ist nix mehr von der Arbeiterpartei. Offenbar ist sie jetzt geschichtslos und gesichtslos. Ein blamabler Beschluss.

Danke für die vielen Spenden, die wir in den letzten Wochen erhielten.

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**



Karl Marx hatte am 5. Mai 2018 seinen 200. Geburtstag. Vor dem Mörfelder Kulturhaus hat man jetzt neugepflanzten Linden einen Namen gegeben. Eine davon heißt „Karl-Marx-Linde“.

Die Namensnennung hat eine Vorgeschichte die ins das Jahr 1983 zurückgeht. Es war ein Höhepunkt der Friedensbewegung. Millionen demonstrierten gegen neue Raketen, für den Frieden. Das hatte auch Einfluss auf die Kommunalpolitik.

Auf einer Stadtverordnetenversammlung am 25. Oktober 1983 gab es einen Antrag der SPD-Fraktion, Eichen auf dem Rathausplatz in Mörfelden zu setzen. Die eine sollte die Marx-Eiche, die andere eine Luther-Eiche sein. Die DKP brachte einen weiteren Vorschlag ein, eine Friedens-Linde sollte gepflanzt werden.

Besonders Kurt Oeser engagierte sich dafür. Die Anträge wurden von SPD, DKP und den Grünen angenommen. Die CDU stimmte empört dagegen. In unserer Stadt hatte es schon früher Bäume gegeben, die einen Namen trugen. Beispiel: Am 10. November

1883, pflanzte man am Mörfelder „Dalles“ anlässlich des 400jährigen Geburtstages von Martin Luther in einem feierlichen Akte eine Luther-Linde. Die DKP-Fraktion begrüßte es 1983, dass dem Begründer des deutschen Protestantismus, anlässlich seines damaligen 500. Geburtstages, auf diese Weise gedacht werden soll.



Luther, 1483 in Eisleben geboren, wurde damals in beiden deutschen Staaten geehrt.

Auch der zweite Namensvorschlag fand die volle Unterstützung der DKP. Karl Marx, am 5. Mai 1818 im damals 12.000 Einwohner zählenden Trier geboren, hat die Welt verändert.

Als Karl Marx, der am 14. März 1883 starb, auf dem Londoner Highgate-Friedhof zu Grabe getragen wurde,

sagte sein Freund und Mitkämpfer Friedrich Engels: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben.“

Wilhelm Liebknecht, einer der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, sagte am Grabe: „Statt zu trauern, wollen wir im Geiste des großen Toten handeln, mit aller Kraft streben, dass möglichst bald verwirklicht werde, was er gelehrt und erstrebt hat. So feiern wir am besten sein Gedächtnis“. Die DKP-Fraktion begründete damals den Beschluss „Friedens-Linde“: „Die Erhaltung des Friedens ist Voraussetzung für alles. Nur im Frieden können wir in unserer Gemeinde für die Bürger wirken. So wirken denn auch viele Bürger in der hiesigen Friedensinitiative gegen die neuen Raketen, Parteilose, engagierte Christen, Sozialdemokraten, Grüne und Kommunisten treten gemeinsam auf. Hunderte Bürger unserer Stadt beteiligten sich an den Aktionen der Friedensbewegung. Ein Friedensbaum in unserer Stadt hat mehr als symbolische Bedeutung, er bedeutet Unterstützung, Parteinahme und Solidarität.“

Leider hatte man dann die Beschlüsse des Stadtparlaments von 1983 im Rathaus „ignoriert“. Wir protestierten dagegen, stellten erneut einen Antrag. Er wurde im vergangenen Jahr angenommen und heute gibt es die vorgeschlagenen Namen.

Bei den vorgeschlagenen Eichen hatten die Fachleute Bedenken. Bei dem laufenden Klimawandel wachsen sie nicht mehr so gut. Nachsatz: Hätte man damals die Sache im Rathaus nicht „vergessen“, wäre die Marx-Eiche wohl schon ein stattlicher, 35 Jahre alter Baum.

Wir freuen uns trotzdem über die neuen Namensschilder. Ein Lied aus der damaligen Friedensbewegung stammte von den Bots: „Gib bloß nicht auf, gib nicht klein bei, das weiche Wasser bricht den Stein“.

AUF ANDEREN ROUTEN

Politisch-literarische Lieder mit Kai Degenhardt
Donnerstag, 11. April 2019, 19.30 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden

Eintritt: 15,- Euro, ermäßigt 8,- Euro

Freidenker
Deutscher
Freidenker-Verband

Humanistische Gemeinschaft
Mörfelden-Walldorf

DKP
LINKE LISTE
Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Wir werden sehen

Bei aller Vorsicht, die man anonymen Schreiben entgegenbringen muss, hatte die DKP/LL einen Akteneinsichtsausschuss beantragt, der auch die Kostensteigerung bei der Kläranlagensanierung untersuchen soll. Auch die CDU und die Grünen folgten diesen Untersuchungswünschen. Das alles ist wichtig, geht es doch um gewaltige Kostensteigerungen - in kurzer Zeit in Millionenhöhe.

Keiner hat damit eine Vorverurteilung ausgesprochen. Aber für Klarheit muss man sorgen.

Ein Akteneinsichtsausschuss wird sich nun mit der Sanierung und Erweiterung der Kläranlage beschäftigen. Das Stadtparlament hat es beschlossen.

Vorher gab es diverse Ablenkungsmanöver der Rathauskoalition und einen eigenen Antrag der SPD, FW und FDP für die „Parlamentsgeschichte“.

SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Best meinte - schon ein wenig überheblich - die Opposition sei nicht fähig, einen solchen Antrag zu formulieren. Der FDP-Sprecher: Die Opposition will ja nur für Aufregung sorgen und der Vorsitzende der Freien Wähler-Fraktion meinte: Die Opposition will das einfach nur für den Bürgermeisterwahlkampf ausschlagen.

Alles Ablenkungsmanöver!

Da steht einiges im Raum. Es gehört aufgeklärt. Wir werden dazu beitragen. Wir werden sehen.

Klarer Sieg für Heinz-Peter Becker

Die Wahllokale hatten erst einige Minuten geschlossen, da gab es im Rathaus Walldorf schon die ersten Ergebnisse. Schnell war klar, dass es für eine zweite Amtszeit von Bürgermeister Heinz-Peter Becker (SPD) reichen würde. Am Ende stimmten 55,6 Prozent der Wähler für Becker. Auf Kirsten Schork von der CDU entfielen 32,7 Prozent, und bei Gerd Schulmeyer von der DKP/Linke Liste

KOMMUNALES

Wohnungen gesucht

„Wohnungsakquise: Stadt unterstützt Projekt „Vitamin B“, heißt es auf der Webseite der Stadt. Worum geht es? Immer mehr Menschen suchen bezahlbaren Wohnraum. Allein in Mörfelden-Walldorf sind über 100 Menschen „obdachlos“ und viele andere suchen verzweifelt eine bezahlbare Wohnung. Darunter befinden sich auch Familien mit Kindern. Die Stadt verfügt aber nicht über genügend Sozialwohnungen. Das „Vitamin B-Projekt“ setzt auf die Unterstützung von Privat-Eigentümern, die an diese Menschen eine Wohnung vermieten. Wohnraumbeschaffung für alle Wohnungssuchenden ist nun tatsächlich notwendig und dringend. Aber das darf nicht an den Kommunen hängen bleiben. Alles zuzubauen, „halb Frankfurt ansiedeln“ und die letzten

freien Flächen zu betonieren, ist auch keine Lösung.

Man muss zusätzlich andere Wege suchen. Wäre es denn heute möglich „Geld auszugeben“, indem man Hausbesitzern hilft, Wohnraum zu schaffen. Ein solches Programm gehört natürlich auch von Land und Bund unterstützt. Wie könnte das gehen? Es gibt viele Menschen, oft schon älter und alleinstehend, die nicht mehr vermieten wollen. Aber auch, weil meistens bauliche Veränderungen für die Schaffung einer abgeschlossenen Wohnung nötig sind. Hier könnte man ansetzen. Wer Wohnraum auf diese Weise schafft, sollte unterstützt werden.

Vor vielen Jahren hat man mal Geld ausgegeben, um alte Fachwerkhäuser zu erhalten. Es gab Zuschüsse - das Geld war richtig investiert.

VORTRAG DISKUSSION

Mehr bezahlbarer Wohnraum - wie geht das?

Veranstaltung mit dem
Bürgermeisterkandidaten der
DKP/Linke Liste
Alfred J. Arndt

Donnerstag, 14. März 2019
19.30 Uhr
Sitzungssaal
im Rathaus Walldorf



8. März Internationaler Frauentag

Wir verteilen wie in jedem
Jahr Blumen auf dem
Rathausplatz Mörfelden
und in der ganzen Stadt.

machten 11,7 Prozent der Wähler ihr Kreuz.

Sie haben es gemerkt - das ist keine aktuelle Meldung. Sie stand im „Freitags-Anzeiger“ vom 6. März 2013. Sicher wird das Wahlergebnis bei der Bürgermeisterwahl am 24. März 2019 nicht genau so aussehen.

Es hat sich in den letzten Jahren allerhand Unmut angesammelt über die momentan „regierende“ Rathauskoalition. Wer hier wohnt, weiß von den Auseinandersetzungen um die

ständige Erhöhung der kommunalen Abgaben, erinnert sich an Grundsteuererhöhung, Straßenanliegergebühren und das Bürgerbegehren um den Feuerwehrstandort.

Wir meinen sowieso: „Nur wählen langt nicht!“ Wir setzen auch auf außerparlamentarischen Druck und Aktivität. Auch Wahlen können etwas voranbringen. Man kann sogar im Wahllokal Kommunisten wählen. Man sieht es übrigens nicht. Es wird aber als Protest wohl wahrgenommen.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Erfrischendes Gewitter

Am Donnerstagabend (14.2.) gab es im Rathaus Walldorf eine gut besuchte Eröffnung einer städtischen Fotoausstellung über die Startbahn-West-Mauer. Die Fotos waren von Walter Keber, einem bewährten Chronisten der Auseinandersetzungen um die ständigen Flughafenerweiterungen.

Es gab Reden und Sekt, Musik und Lyrik. Aber auch so etwas wie ein Gewitter und das war notwendig.

Eigentlich sollte diese Veranstaltung dem Bürgermeister im Wahlkampf nützen - aber das ging in die Hose.

Zu lange las der Bürgermeister seine Rede von vielen Blättern. Nix Neues. Kein Satz, wie wichtig die Proteste waren und wie notwendig sie auch heute sind. Die anwesenden Startbahnaktivisten sahen sich fragend in die Augen. Die ersten schlichen davon.

Dann trat der Erste Stadtrat Burkhard Ziegler ans Mikro, dessen wichtigste Handlung bei Amtsantritt, das Abhängen der Flughafentransparente war.

Da lebte und bebte der Raum: „Herr Ziegler, hängen sie die Transparente wieder auf!“ Beifall und weitere Zwischenrufe: „Wie kommt dieser Mann dazu, bei diesem Thema das Wort zu ergreifen?“ Ziegler tapfer: „Aber ich habe auch mal am Flughafen in München gewohnt“.

Das Gewitter wird stärker. Ziegler versteinert. „Man will mich also nicht hören“ „Ja!“, wurde gerufen, und „Ach, geh fort!“, „Heer uff!“. Abtritt.

Walter Keber kam am Schluss mit einer etwas „staatsmännisch“ vorgetragenen Rede, die auch zu wenig Platz hatte für die Bäume die immer noch gerodet werden.

Von allen hätte man jedenfalls auch mal gern einen Satz gehört wie: „Es muss endlich Schluss sein mit den ständigen Flughafenerweiterungen“. Oder einen Hinweis auf die geplante Verdoppelung des Flugverkehrs und den Irrsinn des „Billig-Flieger-Terminals“. Schade, dass diese Ausstellung so begann. Aber es musste einfach sein. Man darf sich nicht alles gefallen lassen.

**Nicht mehr alles
gefallen lassen!**

Alfred J. Arndt
Kandidat der
DKP/LL



Begründung: Es gibt keine Alternative zur Südumfliegung.

Es gibt eine Alternative. Während ein Flugzeug zur Landung auf der Nordlandebahn ansetzt, darf kein Flugzeug von den Parallelbahnen nach Norden starten. Die Auswirkungen wären: weniger Flugbetrieb, weniger Lärm, weniger Schadstoffe, weniger Menschen würden belästigt und gesundheitlich geschädigt. Der Flughafen Frankfurt ist mit den bestehenden Lande- und Startbahnen ein Saurier, der sich selbst im Weg steht.

Das genannte Urteil ist keine Überraschung. Seit mehr als dreißig Jahren funktioniert ein Zusammenspiel von FAG/Fraport, Landesregierung und Justiz. Der Glaube an die Rechtsstaatlichkeit ist bei den Flughafenanliegern schon lange dahin.

Rudolf Dötsch, Schumannstraße 3,
64546 Mörfelden-Wallorf



Er verschwindet

Aus für den A380. Er wird im Nebel der Geschichte vergessen werden. Er hat Unsummen an Steuergeldern geschluckt, Flughäfen mussten umgebaut werden, Naturschutzflächen wurden platt gemacht.

Nach wenigen Jahren hat die ach so „schlaue Kapitalistenelite“ begriffen - es war eine falsche Idee. Auch die damals „herrschenden“ Politiker haben keine kritische Fragen gestellt. Dafür sicher oft was überwiesen bekommen. Gerhard Schröder (SPD), der damals große Sprüche zum „Großen Vogel“ machte, wird nicht zugeben, es war ein Fehler. 2021 ist Feierabend. Die Subventionen verloren. Der Griff zu den Sternen war ein Griff in den Klo.

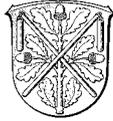
Leserbrief

Die südhessischen Kommunen Groß-Gerau, Nauheim, Trebur sowie die rheinhessischen Orte in Rheinland-Pfalz haben gegen die Südumfliegung geklagt. Diese Änderung der Streckenführung (seit Inbetriebnahme der Landebahn Nord) für Flieger, die von den Parallelbahnen starten und nach Norden wollen, war aus Sicherheitsgründen notwendig. Wenn ein Flugzeug zur Landung auf der Nordbahn ansetzt, so könnte sie beim Durchstarten - was zwar seltener vorkommt - mit einer Maschine, die von den Parallelbahnen startet, in nördlicher Richtung fliegt, kollidieren. Daher macht das startende Flugzeug eine Schleife erst nach Süden, um dann über Rheinhessen wieder nach Norden zu fliegen.

Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat die Klagen der südhessischen und rheinhessischen Orte abgelehnt. Die

Stadtgeschichten

Es war etwa im Jahre 1948, als am Fastnachtsdienstag die drei Mädchen im tief verschneiten Hof der damaligen Gaststätte „Zum Goldenen Hirsch“ in der Mörfelder Straße aufgefordert wurden, „sich mal nebeneinander zu stellen und zu lächeln“. So entstand dieses schöne Erinnerungsfoto. Ob es zu dieser Zeit, so kurz nach Kriegsende und nur wenige Monate vor der Währungsreform, schon einen Kindermaskenball gab, ist nicht überliefert. Die Mädchen hatten auf jeden Fall ihre Freude an diesem sonnigen Tag und schlüpfen gerne in die von ihren Müttern genähten Kostüme. Sie zogen die Straßen entlang und wenn etwa, wie damals üblich, ein mit Maske und in alten Kleidern verhülltes „Modderche“ oder „Vadderche“ bedrohlich auf sie zukam, wussten sie sich zu wehren, sie hatten ja ihre „Klatsche“ dabei. Auf dem Foto sehen wir von links: Helene Passet verheiratete Ivenz, Tochter der Wirtsleute der Gaststätte, Hilde Kaufmann verh. Karst und Margarete Becker verh. Bracht.



Die bekannte Gaststätte „Zum Goldenen Hirsch“ von Friedrich Passet, mit großem Saal, in Walldorf hieß es nur „Beim Passet“, schloss damals ihre Pforten. Sie war viele Jahre Vereinslokal des Gesangsvereins „Liederzweig“ und des Sportvereins „Rot-Weiß“. Diese beiden Vereine vereinbarten daraufhin 1949, hinter der Gaststätte vom „Schlabbewert“, dem heutigen „Waldenserhof“ (ihrem neuen Vereinsheim), in kurzer Zeit einen Saalbau zu errichten. Dies war in dieser Zeit schon ein mutiger Schritt, der nur durch den beispielhaften Einsatz vieler Mitglieder ermöglicht wurde.

Hallo Leserinnen + Leser. Wir freuen uns, wenn sie dem „blickpunkt“ helfen, durch Mitarbeit und Informationen. Wir freuen uns über alte und neue Fotos und auch weiter über ihre finanzielle Unterstützung.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Irish Folk Session

Mittwoch, 06.03.2019, 19:30 Uhr
Eintritt frei

Zum Frauentag am 8. März

Lesung Bruno Kern: Rosa Luxemburg

Märtyrerin der Menschlichkeit
Freitag, 08.03.2019, 20 Uhr - Eintritt frei

Plastik Fasten – 7 Wochen ohne Plastikmüll

Auftaktveranstaltung mit
Kathy Volz-Bloedorn und Sylvia Landau-Hahn
Donnerstag, 07.03.2019, 15 Uhr - Eintritt frei

Konzert Simplified

Samstag, 09.03.2019, 20 Uhr
Eintritt: € 10,-/€ 8,- - VVK im KuBa

Country und Blues Jam Session

Freitag 15.03.2018, 20 Uhr - Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 21.03.2019, 20 Uhr - Eintritt frei

#tanzbar

Samstag, 23.03.2019, 20 Uhr - Eintritt € 3,-

Bal Folk Session

Mittwoch, 27.03.2019, 19:30 Uhr - Eintritt frei

„Schnauze, Alexa! – Ich kaufe nicht bei Amazon“

Lesung und Diskussion mit Johannes Bröckers
Donnerstag, 28.03.2019, 20 Uhr - Eintritt frei

Repair Café - Wegwerfen? Denkste!

Samstag, 30.03.2019, 15-19 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Meer soin
wie de Woi,
meer wärn
mim Allder guud.